

## **FORDERUNGSKATALOG**

### **Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht auf den Prüfstand stellen!**

#### **Deutschland braucht eine Willkommenskultur für qualifizierte Zuwanderer – Transparenter Kriterienkatalog und Berücksichtigung regionaler Bedarfe nötig**

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V., Wolfgang Steiger, fordert die Große Koalition auf, bis zur Sommerpause im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe ein Zeichen zu setzen und das Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht auf den Prüfstand zu stellen: Hohe, notwendige Hürden gegen Zuwanderung in die Sozialsysteme und größere Offenheit gegenüber wirtschaftlich notwendiger Zuwanderung qualifizierter Menschen schließen sich nicht aus. Das beweisen die klassischen Einwanderungsländer Kanada, Australien und Neuseeland. Wichtig ist dabei auch, die Angst vor Zuwanderung durch breit akzeptierte Lösungen in der Asylpolitik und schnellere Verfahren zu nehmen.

Die derzeitig günstige Lage aufgrund der Zuwanderung vieler qualifizierter, junger Menschen aus Südeuropa, die so der hohen Jugendarbeitslosigkeit entgehen wollen, in hippe Großstädte wie Berlin, darf nicht über die großen mittel- und langfristigen Defizite auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen. Nicht zuletzt in weniger zugkräftigen Regionen Deutschlands, in denen viele der Hidden Champions angesiedelt sind, spitzt sich der Fachkräftemangel immer stärker zu.

Deutschland kann seinen Wohlstand nur halten, wenn in Zeiten der massiven demografischen Veränderungen mehr qualifizierte Zuwanderer gewonnen werden. Wir müssen uns endlich mit allen Konsequenzen dazu bekennen, dass wir ein Einwanderungsland mit einer echten Willkommenskultur sind. Deutschland ist – entgegen unseres oft überkritischen Selbstbildes – eines der beliebtesten Länder der Welt. Mit diesem Pfund müssen wir aktiv wuchern.

Das bürokratische und historisch gewachsene deutsche Aufenthaltsrecht muss durch ein zeitgemäßes und unbürokratisches Einwanderungsrecht ersetzt werden. Wir müssen jetzt den Übergang zu einem vor allem bedarfsorientierten Punktesystem schaffen und dieses mit den heutigen digitalen Möglichkeiten kombinieren. Unternehmen und qualifizierte Zuwanderer müssen in die Lage versetzt werden, flexibel, schnell und transparent auf den tatsächlichen Fachkräftemangel vor Ort reagieren zu können.

Viele erfolgreiche Familienunternehmen in den Regionen suchen schon heute oft vergebens nach Spezialisten. Die existierenden Aufenthaltstitel zielen zumeist nur auf Akademiker ab. Benötigt werden aber auch überzeugende Regelungen für gut ausgebildete Fachkräfte in anderen Berufen, z.B. im Gesundheitswesen, dem Handwerk oder der mittelständischen Industrie. Die bisherige Verengung auf akademische Berufe muss deshalb umgehend aufgegeben werden.

Bundesarbeitsministerin Nahles verharmlost die Lage durch ihre neuesten Zahlenspiele. Auch durch höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitnehmern lässt sich die große Lücke nicht schließen. Das anerkannte Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) geht in seinen Studien langfristig davon aus, dass in den kommenden Jahrzehnten sogar bis zu 500.000 qualifizierte Zuwanderer jährlich in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden sollten. In der Bevölkerung Deutschlands folgen auf 13,4 Millionen Personen im Alter von 45 bis 54 Jahren nur 7,3 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 14 Jahren. Wenn die ältere Altersgruppe aus dem Erwerbsleben ausscheidet, steht Deutschland vor einer

gewaltigen Herausforderung, den Fachkräftebedarf zu decken. So gibt es beispielsweise in der älteren Altersgruppe 1,7 Millionen mehr Personen mit Abschluss einer Berufsausbildung, als es überhaupt unter 14jährige Kinder und Jugendliche gibt.

Dass die erforderlichen Zuwanderungszahlen in den letzten Jahren nahezu erreicht wurden, ist kein Zeichen für Entwarnung. Heute kommen rund 80 Prozent der neu in Deutschland gemeldeten Zuwanderer aus der EU. Diese Zahl wird sich spätestens dann spürbar verringern, wenn sich die wirtschaftliche Lage vieler Herkunftsländer verbessert – woran unser Land auch großes Interesse haben muss. Zudem werden die demografischen Herausforderungen in Südeuropa nur zeitversetzt später spürbar werden, aber absehbar ähnlich deutlich zutage treten. Um den Bedarf an qualifizierter Zuwanderung langfristig zu decken, muss das Zuwanderungsrecht stärker auf die Gruppe der außereuropäischen Fachkräfte ausgerichtet werden.

Änderungsbedarf sieht der Wirtschaftsrat vor allem in folgenden Bereichen:

- Vereinfachung der mehr als 50 verschiedenen Bestimmungen des Aufenthaltszwecks zum Erhalt eines Aufenthaltstitels in Deutschland
- Erleichterung der Zuwanderung nicht nur für Akademiker sondern auch für gut ausgebildete Fachkräfte in anderen Berufen, beispielsweise im Gesundheitswesen, dem Handwerk oder der mittelständischen Industrie
- Entschlackung der bürokratischen Vorrangprüfungen und Ausbau des elektronischen Bewerberpools „Make it in Germany“
- Einführung eines unmittelbaren Niederlassungsrechts für junge Leute, die ihren Studienabschluss bereits hierzulande erworben haben
- Anerkennung von im Ausland im dualen System getätigten Berufsabschlüssen
- Berücksichtigung besonderer regionaler Bedarfe außerhalb der Ballungszentren
- Gezielte Integrationskonzepte für in Deutschland schon länger ansässige Zuwanderergruppen, die sich noch nicht ausreichend in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert haben
- Verkürzung der Asylverfahren und Aufenthalte für abgelehnte Bewerber sowie der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer u. a. auf Albanien und den Kosovo

Die Große Koalition verfügt über eine breite parlamentarische Mehrheit, die sie für eine Regelung der oben genannten Punkte nutzen muss. Selbst unter Umständen erforderliche Grundgesetzänderungen wären in der jetzigen Konstellation möglich.